

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwirn

Telefon: (0228) 21 9033/39
Telefax: 8 85 845 pöbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB fordert eine deutlichere Abgrenzung der DDR-SPD von der PDS: Sofortenteignung der SED-PDS fordern!

Seite 1

Jochen Welt, Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, zur Notwendigkeit von Abfallvermeidung und -verwertung: Die Stadt, der Müll und die Umweltbeschädigung. (Teil II und Schluß)

Seite 3

Manfred Reimann MdB unterstreicht die Notwendigkeit, das Risiko der häuslichen Pflegebedürftigkeit abzusichern: Die Bonner Koalition läßt die Kranken im Stich.

Seite 6

45. Jahrgang / 58

23. März 1990

Sofort-Enteignung der SED-PDS fordern!

DDR-SPD muß endlich klarere Konturen zeigen

Von Wilhelm Schmidt (Salzgitter) MdB

Die schöngestigere Form von Politik (und die ehrlichere zumal) ist von der Wählerschaft in der DDR nicht honoriert worden; die Konservativen werden nun damit zu kämpfen haben, ihre Versprechungen auch einigermaßen einzulösen.

Bei vielen Hilfsaktionen im DDR-Wahlkampf war in den vergangenen Wochen aber auch eine zunehmende Unsicherheit von SPD-Mitgliedern und mehr noch bei den Bürgern zu spüren, die nämlich nicht mehr klar die politischen Linien der SPD unter der „konservativen Dampfwalze“ ausmachen konnten. Nur von „sozialer Gerechtigkeit“ und „Einheit auf besonnenem Pfad“ läßt sich bei der Mehrheit wenig Zukunftsmut und konkrete Verbesserung der Lebenssituation verdeutlichen.

Es war offenbar eine falsche Schichtordnung, die man sich aufzwingen lassen hat. „Stellvertreter-Krieg“ war angesagt, die PDS als Rechtsnachfolgerin der „Roten Faschisten“ (Kurt Schumacher) wurde zu sehr geschont. Da half es wenig, die Block-Anhängsel CDU, LDPD und so weiter immer wieder einmal mehr beiläufig auf ihre unselige Vergangenheit anzusprechen. Der Hauptschuldige für die DDR-Misere der vergangenen 40 Jahre blieb relativ ungeschoren, auch seitens der DDR-SPD. Modrow hat seine Funktion voll erfüllt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produktion/Druckung
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Aus diesem Grunde muß - auch wenn es an mancher Stelle weh tun sollte - eine stärkere Abgrenzung nach rechts und links die Aufgabe der kommenden Zeit sein. Eine Einbindung in die Regierungsverantwortung - und damit in die Unlösbarkeit der konservativen Versprechungen - ist eine ebenso tödliche Umarmung wie Opposition an der Seite der PDS, wenn nicht eine klare Abgrenzung erfolgt.

Die SPD in der DDR kann sich hier nur profilieren, wenn sie alle weiteren Verhandlungen (zum Beispiel über die Mehrheitsbeschaffung bei Verfassungsänderungen) davon abhängig macht, daß als erstes eine Offenlegung des gesamten Wirtschaftsvermögens der PDS und auch ihrer früheren Block-Ableger erfolgt. Da wird sich mancher noch wundern, denn nicht nur die vielzitierten Druckereien, sondern Hotelkonzerne, Ladenketten und vieles andere, was richtig Geld bringt, ist immer noch im Eigentum dieser Parteien. Wenn man weiß, auf welche Weise diese Vermögen entstanden sind (Abzweigen von West-Devisen aus Staatshandelsgeschäften ist nur eine Variante), kann die Forderung nur lauten:

Der erste Gesetzentwurf für die neue Volkskammer muß die Entelgnung der Altparteien von ihrem Wirtschaftsvermögen herbeiführen. Davon müssen auch anschließend FDGB, FDJ, Volkssolidarität und andere PDS-nahe Organisationen betroffen sein. Das würde dann auch richtig Geld zur Mitfinanzierung des Neuaufbaus in die Staatskasse bringen.

Das ist es, was dem DDR-Wähler (auch mit Blick auf den 6. Mai und die weitere immer noch unsichere Zukunft) sicher das Gefühl von neuer, klarer SPD-Politik vermitteln könnte. Und wenn dann noch die Forderung nach einer Offenlegung aller Stasi-Akten und Einsetzung von weiteren unabhängigen Kommissionen zur Verfolgung der Stasi-Übergriffe kommt, würde das die Stabilität der DDR-SPD an der richtigen Stelle verbessern. Davon bin ich jedenfalls überzeugt, darum bitte ich auch um Verständnis für diese Ratschläge, aber vielleicht haben sich in dieser Hinsicht viel zu viele in den vergangenen Monaten zu sehr zurückgehalten?!

(-/23.3.1990/st/ks)

* * *

Die Stadt, der Müll und die Umweltbeschädigung (Teil II und Schluß)

Zur Notwendigkeit von Abfallvermeidung und -verwertung

Von Jochen Welt
Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Der Grundsatz in den Leitlinien für die ökologische Abfallwirtschaft des Landes NRW ist richtig. Abfallvermeidung ist wichtiger als Abfallverwertung. Abfallverwertung ist wichtiger als Abfallabfuhrung.

Dafür reichen allerdings die bislang beschrittenen Wege und auch die Zielsetzungen kaum aus. Gegen eine Abfallberatung für die Bürger ist nichts einzuwenden. Erfolge sind ja durchaus ablesbar, doch ist fraglich, ob das selbstgesteckte Ziel der Verminderung von 15 Prozent des Hausmüllaufkommens innerhalb der nächsten zehn Jahre dadurch erreicht wird. Diese 15prozentige Vermeidungsrate reicht für ein ökologisches Abfallwirtschaftskonzept einfach nicht aus. Hier wird ein Sanktions- und Anreizsystem notwendig sein, das durch die gesetzgebenden Körperschaften entwickelt wird.

Wenn also fortschrittliche Gemeinden aufgrund ihres Müllnotstandes eine kommunale Verpackungssteuer einführen wollen, dann ist der Hinweis des Landesinnenministers auf die mangelnde Zuständigkeit der Gemeinden formal richtig. Er löst aber auf keinen Fall das vorhandene Problem.

Wo bleiben also die gesetzlichen Vorschriften und steuerlichen Auflagen, die eine ernsthafte Reduzierung der Verpackungsorgien erreichen könnten, die das zarte Pflänzchen namens „Einsicht“ stärken und zum Wachsen bringen könnten? Ohne diese Unterstützung wirkt eben auch beim Problem „Verpackung“ das St. Florians-Prinzip munter weiter. Begleitend zu obigen Maßnahmen muß durch eine Verringerung von Abfallbeseitigungsgebühren ein Anreiz gegeben werden, weniger Hausmüll zu produzieren.

Viele Bürgerinnen und Bürger, die von sich aus im Sinne von Müllvermeidung weniger in ihre Mülltonne werfen, verstehen es überhaupt nicht, daß sie ebenso wie die unkritischen Müllproduzenten ihren Einheitspreis für die Mülltonnenentleerung zu zahlen haben, obwohl ihre Mülltonne nur zu einem Viertel gefüllt ist. Dabei sind differenzierende Gebührensysteme, die sich nach dem tatsächlichen Müllanfall richten, ja möglich und erprobt und sicherlich ein besserer Anreiz zur Müllvermeidung als ständige Appelle an die Vernunft.

Nur eine Kombination von Maßnahmen aus Beratung, Verboten beziehungsweise Besteuerung und finanziellen Anreizen wird zu einer spürbaren Verringerung der Abfallmengen führen können. Weiterhin wird es wichtig sein, sämtliche Maßnahmen zum Primär-Recycling, also zur getrennten Erfassung von Altstoffen aus Haushaltungen, wesentlich offensiver anzugehen, als dies bislang geschehen ist.

Modellversuche mit getrennten Sammlungen von Altstoffen haben gezeigt, daß besonders im Zusammenhang mit der Abfallberatung die Bürger bereit sind, ihren Teil zu einem ökologisch sinnvollen Entsorgungs- und Verwertungssystem beizutragen. Natürlich gibt es dabei Probleme mit den Standorten für die Müllbehälter für Altpapier, Glas o.ä., oder Probleme mit den zusätzlichen Kosten für die Bereithaltung und die Abfuhr zusätzlicher Behälter. Hier wird man sicherlich die möglichen, sinnvollen und vor allen Dingen komfortablen Wege noch weiter erproben müssen.

Unverständlich allerdings bleibt, wenn, wie in der Stadt Recklinghausen, ein effektives, komfortables und bewährtes Entsorgungssystem wie die Sondersammlung von Altmaterialien durch die Umweltwerkstatt des Diakonischen Werkes, weder Einzug in das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises RE hält, noch eine Verrechnung der hier zusätzlich anfallenden Kosten über die Müllgebühren möglich ist. Solche bemerkenswerten Initiativen müssen unbedingt einen stärkeren Stellenwert als bislang erhalten, zumal sie durch die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen den Arbeitsmarkt entlasten können.

Was nun die Wertstoffgewinnung aus Haushaltsabfällen in Sortieranlagen, also das sogenannte Sekundär-Recycling angeht, so muß man feststellen, daß derartige Anlagen bisher keinen nennenswerten Anteil an der Abfallverwertung der Bundesrepublik haben. Theoretisch können in den hier im großtechnischen Maßstab betriebenen Anlagen, unter anderem Rohstoff-Rückgewinnungszentren, Sortierungen mit anschließender Kompostierung bis zu 60 Prozent des Deponievolumens eingespart werden. Diese würde allerdings eine vollständige Vermarktung aller Wertstoffe voraussetzen. Hier besteht ein Defizit.

Dies hat zu einer Stilllegung dieses Sortier- und Aufbereitungsteils im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum in Herten geführt. So wird es also zwingend, im Hinblick auf die notwendige Reduzierung des Müllvolumens alternative Verwertungsverfahren zu erproben und anzuwenden. Dabei ist allerdings auffällig, daß ein sich schon seit längerer Zeit in der Erprobung und in den Vereinigten Staaten bereits in Betrieb befindliches Verfahren, das sogenannte ORFA-System, in den vorliegenden Abfallbewirtschaftungskonzepten so gut wie keine Rolle spielt, obwohl es offensichtlich gegenüber dem bekannten Verfahren erhebliche Vorteile hat.

Im ORFA-Verfahren handelt es sich um die Separierung mehr oder weniger verschmutzter Einzelstoffe und Fraktionen sowie um die Produktion sortenreiner Zwischenprodukte, die in der Landwirtschaft und im industriellen Bereich genutzt werden können. Dieses Verfahren erlaubt die Verarbeitung unsortierter Siedlungsabfälle wie Hausmüll, Sperrmüll und ähnliche Gewerbeabfälle sowie kommunaler und gewerblicher Schlämme. Der Unterschied zu dem üblichen Sortiersystem liegt darin, daß nicht einzelne Sekundär-Rohstoffe wie Papier, Glas, Metalle u.ä. gewonnen werden müssen, sondern daß organisches Fasermaterial und inerte, das heißt reaktionstärge Granulate, als Zwischenprodukte für eine differenzierte Weiterverarbeitung in verschiedenen Anwendungsbereichen zur Verfügung stehen.

Dieses System arbeitet durch eine mechanische Vorbehandlung, danach durch eine thermische Zwischenbehandlung. Es kommt nicht zu einer Verbrennung, sondern zu einer Trocknung mittels Heißluft. Zum Schluß erfolgt eine mechanische Nachbehandlung. Die so gewonnenen Fasern und Granulate eignen sich offensichtlich besser für eine wirtschaftliche Verwertung als die bislang bekannten Recyclingprodukte. Die Einsatzbereiche gehen von der Bauindustrie über die Entwicklung von Klärschlamm-Briketts, die Nutzung für eine organisch-mineralische Bodenverbesserung und die Entwicklung von Kunststoff, Bodenplatten, Gefäßen und Behältern bis hin zu in der Vereinigten Staaten inzwischen sehr beliebten Katzen- beziehungsweise Tierstreu.

Ebenso wichtig wie die wirtschaftliche Verwertungsfrage ist natürlich die Frage nach der Mengenreduzierung. In einer Modellrechnung für den Hochsauerlandkreis, für die ein Planfeststellungsverfahren zur Anwendung dieser Methode läuft, geht man in einer Müllvariante ohne Beteiligung des ORFA-Verfahrens, bei einem Gesamtabfall von 144.800 t/Jahr, von einem als Restmüll thermisch oder deponietechnisch zu bearbeitenden Abfallanteil von 86,8 Prozent aus. Bei optimaler Nutzung des ORFA-Verfahrens würde sich hier der Restmüll auf 51,5 Prozent reduzieren.

An dieser Stelle sollte es nicht darum gehen, das hier beschriebene Verfahren zu bewerten. Dies würde längere wissenschaftliche Abhandlungen und eine sicherlich intensive Auseinandersetzung mit den bereits in Betrieb befindlichen Anlagen bedeuten. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, daß es schon heute Möglichkeiten gibt, im Vorfeld von thermischer Verwertung und Deponierung zu einer erheblichen Reduzierung der Müllmengen beizutragen. So sollte die fehlende Akzeptanz der thermischen Verwertung des Mülls, die bislang den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen verhindert hat, zum Anlaß genommen werden, intensiv über die Möglichkeiten der Vermeidung und des Recyclings nachzudenken.

Unabhängig davon bleibt die Feststellung, daß auch in einem solchen Fall das St. Florians-Prinzip wenig hilfreich ist. Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik wird es auch zukünftig noch die Notwendigkeit der Müllverbrennung und der Deponierung geben. Wobei wir uns bewußt sein müssen, daß eine Deponierung nur der letzte Schritt sein kann, ja sogar letztlich ein Indikator für den Erfolg, besser: Mißerfolg unserer kommunalen Müllvermeidungs- und Recyclingstrategien. Jede Tonne Deponiemüll ist eine kleine Niederlage für uns, nimmt uns in Haftung, was Umweltschutz und Gefahrenvermeidung betrifft, kostet nicht nur uns, sondern auch nachfolgende Generationen mehr als Geld, nämlich Lebensqualität.

Stellen wir uns deshalb schon heute den Problemen, übernehmen wir Verantwortung, seien wir offen und neugierig, durchbrechen wir tradiertes Denken. Sonst ist es schließlich doch am Ende unser Name, der brennt.

(/23.3.1990/st/ks)

Die Bonner Koalition läßt die Kranken im Stich

Zur Notwendigkeit, das Risiko der häuslichen Pflegebedürftigkeit abzusichern

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundstags-Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Auch nach der Verabschiedung des Gesundheitsreformgesetzes durch die Bundesregierung besteht immer noch ein dringender Handlungsbedarf zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit.

Die Menschen, die von ihren Familien gepflegt werden, läßt die christlich-liberale Koalition mit den daraus resultierenden Problemen auch in Zukunft allein. Die Einführung einer „häuslichen Pflegehilfe“ im Rahmen der Strukturreform des Gesundheitswesens als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Regierung hat keine ausreichende Sicherung gebracht. Pflegebedürftige, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, werden durch die „Reform“ ausgegrenzt. Auch die Heimpflege, auf die rund 90 Prozent aller Pflegekosten entfallen, wird von der Regierung ganz ausgespart.

Mehr als die Hälfte der in Heimen untergebrachten Pflegebedürftigen werden zu Sozialhilfeempfängern, obwohl von diesem Los jeder, gleich welchen Alters, betroffen sein kann, ist dies besonders bei älteren Mitbürgern ein Skandal, da sie, obwohl sie während ihres ganzen Arbeitslebens Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt haben, sich in einer solchen Lebenssituation aber zu Sozialhilfeempfängern degradiert sehen. Die Kommunen hindert eine solche Bindung ihrer Finanzen an der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben im Rahmen der Sozialhilfe.

Deshalb gibt es einen dringenden Handlungsbedarf, das Risiko der Pflegebedürftigkeit außerhalb der Sozialhilfe abzusichern. Für die Sozialhilfeträger bedeutet dies, daß sie auch weiterhin die Kosten der teuren Heimpflege tragen müssen, wenn nicht endlich eine andere Regelung getroffen wird.

Vor dem Hintergrund der sich seit langem verändernden Altersstruktur der Gesellschaft ist eine umfassende Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit erforderlich. Ein besonderes Ziel ist, Strukturen dafür zu schaffen, daß die Pflegebedürftigen auch weiterhin ein selbstbestimmtes Leben führen. Durch die Zahlung eines gestaffelten Pflegegeldes sollen die Betroffenen befähigt werden, selbst zu entscheiden, welche Pflegeleistungen, von wem und in welcher Form sie in Anspruch nehmen wollen.

Zu dieser Freiheit gehört auch, daß der Kranke in seiner gewohnten Umgebung bleiben kann. Deshalb ist der häuslichen Pflege ein absoluter Vorrang einzuräumen. Sie darf aber nicht auf Kosten der Angehörigen geschehen, was eine Stärkung und Entlastung der Pflegekraft einer Familie durch den Gesetzgeber voraussetzt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß auch die Pflegeperson sozial abgesichert werden muß wie im normalen Erwerbsleben. Unverzichtbar ist die Übernahme von Versicherungsbeiträgen zur Rentenversicherung für das pflegende Familienmitglied, was in dem Regierungsgesetz fehlt. Die Regelung, daß eine Pflegekraft nur für höchstens 25 Einsätze im Monat bezahlt wird, verhindert eine Berufstätigkeit der Pflegeperson und damit den Aufbau eigenständiger Alterssicherung.

Der Vorrang der häuslichen Pflege erfordert gleichzeitig den Ausbau eines bedarfsgerechten und flächendeckenden ambulanten Versorgungsnetzes. Nach den Gesetzen des Marktes wird dies aber dann geschehen, wenn ein Pflegegeld den Pflegebedürftigen ausgezahlt und dadurch eine entsprechende Nachfrage nach diesen Dienstleistungen erzeugt wird. Im Gegensatz zu den übrigen europäischen Industriestaaten wird nach dem bisherigen Gesetz von der Möglichkeit zur Reaktivierung zu wenig Gebrauch gemacht. Bei einer Gesamtkonzeption zur sozialen Sicherung Pflegebedürftiger muß der Prävention und Reaktivierung ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Dazu gehört der Ausbau der Rehabilitationsleistungen und der häuslichen Krankenpflege ebenso wie eine verstärkte Beratung. Solche Maßnahmen haben langfristig finanzielle Einsparungen ebenso zur Folge wie eine Verbesserung des Gesamtzustandes der Patienten.

Eine umfassende Lösung ist nur langfristig realisierbar. Das hier skizzierte Konzept ist deshalb nur als Einstiegsphase gedacht. Nach einer Zeitspanne von sechs Jahren soll die Regierung auf der Grundlage ihrer Erfahrungen den Entwurf den bis dahin gewonnenen Erkenntnissen anpassen, damit eine optimale Versorgung der Pflegebedürftigen gewährleistet ist.

(-/23.3.1990/st/fr)

* * *